

«Die Eltern sollen die Schule wählen können»

Willi Lemke Für Bremens Bildungssenator ist «in die Köpfe zu investieren» ein wesentlicher Standortfaktor

Welche Schule wollen wir? Auf jeden Fall eine bessere, als wir haben. Die Frage, welche die beste ist, ist müssig. Das betont auch Bremens Bildungssenator Willi Lemke. Das Bundesland Bremen probiert mit mehr Wettbewerb und Konkurrenz.

CHRISTOPH BOFF

Herr Senator, seit den empirischen Untersuchungen der Pisa-Studie kann man nicht mehr darüber hinwegsehen, dass es mit der Bildung hierzulande nicht mehr zum Besten steht. Wo sehen Sie die Ursachen? Haben die Institutionen versagt? Oder liegt es am gesellschaftlichen Umfeld?

Willi Lemke: Die Misere lässt sich nicht auf eine Ursache reduzieren. Es gilt verschiedene Aspekte zu unterscheiden. Bevor wir die Schuld «dem Umfeld überhaupt» zuweisen, der Schule oder der Gesellschaft, müssen wir zugeben, dass in vielen Familien die Eltern ihre Verantwortung nicht mehr wahrnehmen. In der Erziehung liegt vieles im Argen.

Also fehlt es an Zucht und Ordnung?

Lemke: Ich nehme an, Ihre Frage hat einen leicht ironischen Unterton. Und trotzdem berührt sie etwas Wichtiges. Werte sind etwas, das dem Kind vermittelt werden muss. Erziehung heisst nicht zuletzt, dass das Kind unterscheiden lernt. Und von wem lernt es das, wenn nicht von den Eltern? Zum grössten

Die Lehrer haben es schwer. Fleissig sein ist nicht cool

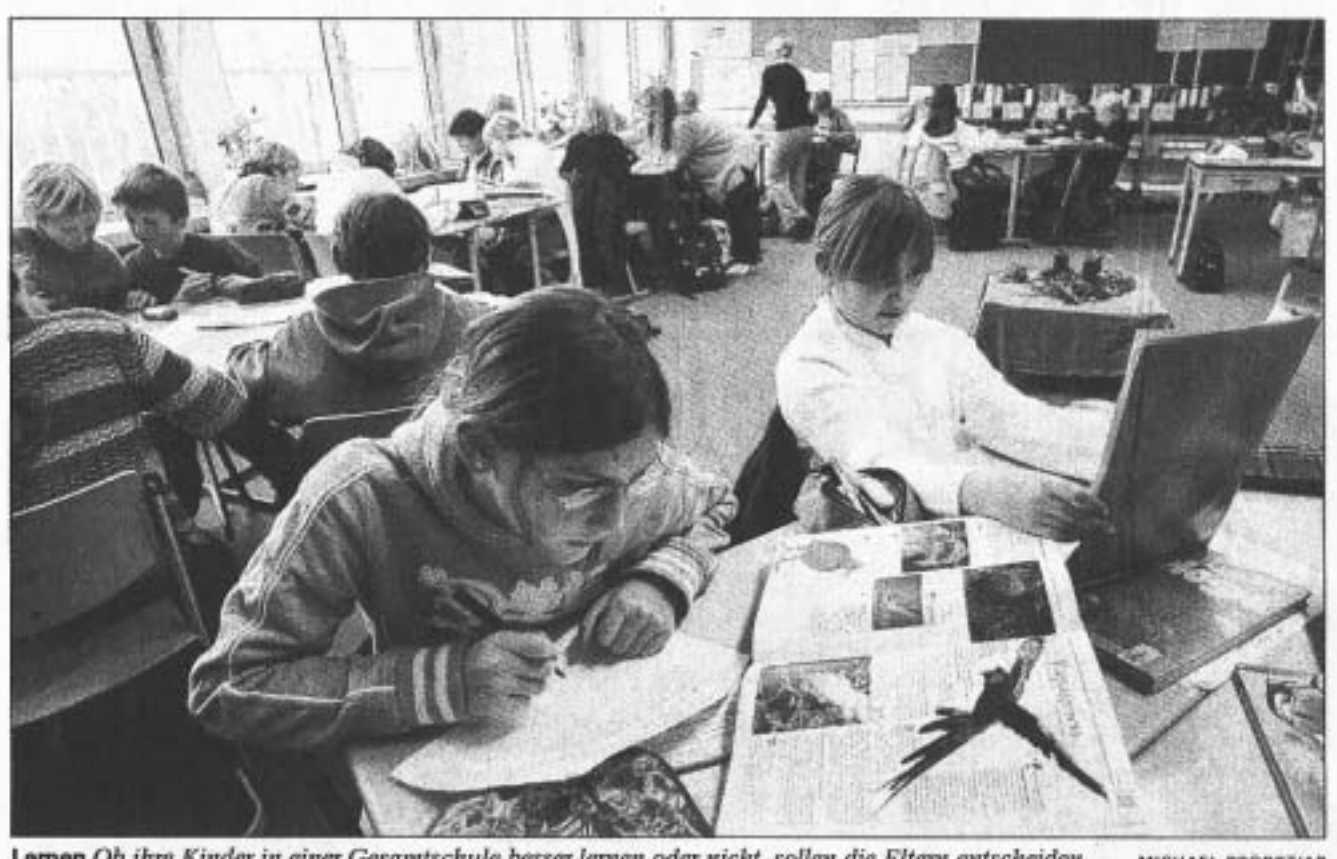
ten Teil von den Medien. Und die Medien üben leider kaum positiven Einfluss auf das Kind aus. Dass da zu viel Gewalt dargestellt wird, wissen Sie auch. Über die traditionellen Werte kann man lächeln. Aber die Lehrer haben es sehr schwer gegen einen Trend. Fleissig sein ist nicht cool.

Also muss sich die Politik nichts vorwerfen?

Lemke: Doch. Die ideologiebehaftete Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte hat trotz immensem Aufwand Einiges versäumt. Es wurde zwar viel Geld ausgegeben, aber leider mit der Giesskanne verteilt, nicht sehr effizient.

Die arme Giesskanne ist leider zu einem Standardsymbol falscher Politik geworden. Können Sie ein Beispiel geben?

Lemke: Ja. Man hat zum Beispiel durchaus Probleme erkannt und gesagt: «Es kann doch nicht so weitergehen. Wir brauchen mehr Lehrer.» Und dann hat man mehr Lehrer eingestellt.



Lernen Ob ihre Kinder in einer Gesamtschule besser lernen oder nicht, sollen die Eltern entscheiden. MICHAEL PROBST/AP

Und die Pisa-Ergebnisse sind trotzdem schlecht ausgefallen.

Lemke: Zum Glück, ja. Ich halte diesen Schock übrigens für sehr hilfreich. Es ist jetzt klar, dass wir etwas tun müssen.

Wo liegt denn jetzt die Ideologie?

Lemke: Es ist die Einseitigkeit. Man hält zum Beispiel nur die Gesamtschule für das richtige Modell. Oder man verteidigt stur das Gymnasium.

Was haben Sie dagegen getan? Welchen Schultyp halten Sie für den richtigen?

Lemke: Ich weiss es doch nicht. Aber ich habe den Eltern die Möglichkeit der Wahl gegeben. Sie sollten entscheiden, welche Schule für ihr Kind die richtige und die beste ist.

Hat das funktioniert?

Lemke: Überraschenderweise ja. Es ist uns gelungen, 95 Prozent der Erstwünsche zu erfüllen. Und nur 1 Prozent erwies sich als nicht zuteilbar. Da mussten wir eine Zuweisung vornehmen. Es hat sich dann gezeigt, dass wir genügend Gymnasiumsplätze haben, aber etwas mehr Gesamtschulplätze brauchen.

Und jetzt herrscht Eintracht?

Lemke: Das ist nicht das Ziel. Aber es herrscht jetzt ein gewisser Wettbewerb bei den Schulen. Wer Kapazitäten hat für sieben Klassen pro Jahrgang, und es kommen nur zwei zusammen, hat ein Problem. Wenn das länger so bleibt, müssen wir eingreifen. Zuerst helfen wir den Schulen, dann wechseln wir

vielleicht den Schulleiter aus. Und wenn sich nichts ändert, muss die Schule halt geschlossen werden.

Ergibt sich so nicht Frustration und die Motivation der Lehrer geht verloren?

Lemke: Nein, eher nicht. Es zeigt sich, dass die Lehrerinnen und Lehrer durchaus eine Loyalität entwickeln zu ihren Schulen. Die meisten wollen nicht dauernd wechseln. Und so entwickelt sich eher eine positive Energie, einen Zustand zu verbessern.

Wie erfolgt dann die Rückmeldung zu den Eltern? Nach welchen Kriterien wählen sie ihre Schule aus? «Schlechte» Schulen werden ja ihren Ruf kaum mehr los.

Lemke: Das wäre in der Tat verheerend. Aber wir haben versucht, diese Kriterien zu objektivieren. In den sieben SPD-regierten Bundesländern machen wir seit zweieinhalb Jahren eine Vergleichsarbeit in den Fächern Mathematik und Deutsch.

Alle Schüler lösen die gleichen Aufgaben?

Lemke: Zu 50 Prozent, die anderen 50 Prozent können die Schulen aus einem gegebenen Aufgabenpool selbst wählen.

So zentralistisch organisierte Prüfungen ist man eher von Frankreich her gewohnt.

Lemke: Es war auch ein richtiggehender Paradigmenwechsel. Bisher war die Politik – sagen wir – zu gutmütig. Man sagte sich: Wir haben hoch qualifizier-

te, hoch motivierte Lehrer, wir geben denen viel Geld und alles erweist sich zum Wohl der Kinder. Wie es herausgekommen ist, wissen wir. Nun setzen wir Standards. Stufengerecht. Und die überprüfen wir. Was wurde gelernt? Was können die Kinder nicht?

Aber es gibt doch unterschiedliche Voraussetzungen?

Lemke: Das ist richtig. Man kann nicht alles über einen Leisten schlagen. Wir vergleichen ja auch nicht absolute Werte. Sondern wir vergleichen Fortschritte. Eintretende Schüler absolvieren eine dreitägige Eingangsuntersuchung.

Was wird da geprüft?

Lemke: Es sind Tests, welche die feinmotorischen, die grobmotorischen und die kognitiven Fähigkeiten der Kinder abklären.

Am Schluss haben Sie viele Zahlen. Wo liegt der Fortschritt?

Lemke: Wir haben eine Basis. Wir können den Schulen Zensuren geben. Es gibt Entwicklungsberichte für Schulen. Schulleiter und Lehrer erhalten eine Rückmeldung, sie können ihre Arbeit und ihren Erfolg einordnen.

Erlauben Sie eine etwas direkte Frage: Sie waren ein sehr erfolgreicher Fussball-Manager. Wollen Sie jetzt ein ebenso erfolgreicher Bildungsmanager werden? Oder anders: Bildung hat doch nicht nur mit Fähigkeiten und Leistungen zu tun. Es gibt doch auch den Aspekt der Persönlichkeitsentwicklung, der individuellen Charakterbildung?

WILLI LEMKE



Der heutige Bildungssenator des Bundeslandes Bremen machte sich einen Namen als Fussballmanager. Unter der Führung von Willi Lemke und Otto Rehnhagel wurde Werder Bremen 1988 und 1993 Deutscher Meister. Von 1974 bis 1981 war Lemke Landesgeschäftsführer der SPD gewesen, nach seiner erfolgreichen Managementtätigkeit («Ich wusste jetzt, dass ich das kann») ging er 1999 wieder zurück in die Politik. (chb)

Lemke: Ich kenne die Idee des Humboldtschen Gymnasiums und ich halte sie durchaus nicht für verfehlt. Aber ich bin kein Philosoph oder Pädagoge, sondern ein praktisch denkender Mensch. Es ist wichtig, dass aus unseren Schulen emanzipierte Menschen und Bürger kommen. Aber Emanzipation ist nicht ein Wert für sich. Auf Kinder warten auch Aufgaben. Ausbildungsplätze werden auf dem Ausbildungsmarkt vergeben. Dann spielen auch die Dinge herein, die Sie erwähnt haben. Zu einem «umfänglich gebildeten Menschen» gehören auch Tugenden, die Verinnerlichung gewisser Werte. Bildung heisst nicht Anhäufung von Wissen. Wissen veraltet sehr schnell. Was wir möchten, ist das Verstehen zu lernen. Zusammenhänge sehen, Ableitungen machen können. Und nicht zuletzt die Einsicht, dass wir lebenslang lernen müssen.

Und wo bleibt die Herausforderung für Sie als Manager?

Lemke: Diese Frage habe ich mir in der Tat auch schon gestellt. Nun, es ist eine schwierige Situation. Die Ausgangslage ist schlecht, wie Pisa und Iglu bestätigen. Aber als rohstoffarmes Land haben wir kaum eine andere Chance, als in die Köpfe zu investieren. Gut qualifizierte Menschen sind ein wesentlicher Standortfaktor. Und die Bevölkerung interessiert sich immer mehr für das Thema Bildung. Also hat die Politik die Aufgabe, sich darum zu kümmern.

Willi Lemke sprach im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Food for Thought» am Gottlieb-Duttweiler-Institut in Rüschlikon

Freie Schulwahl für die Eltern – praktikabel auch bei uns?

Schulreform Bildungsexperte Lucien Criblez warnt vor idealistischen Schnellschüssen mit unkontrollierbarer Dynamik

Bremens Bildungssenator Willi Lemke will vor allem mit einer Massnahme die Bildungsreform in seinem Bundesland voranbringen: Er will die stark ideologisch-politisch vorgespurte Diskussion um die «richtige Schule» entkrampfen, indem er den Eltern die freie Wahl zwischen eher integrierenden Gesamtschulen und leistungsdefinierten Schultypen ermöglichen will. Wäre das auch bei uns praktikabel?

Professor Lucien Criblez, Leiter des Instituts Wissen und Vermittlung (IWV) im Departement Pädagogik an der Fachhochschule Aargau, betont, dass es wichtig sei, zwei Probleme klar zu unterscheiden. «Schulstrukturprobleme haben wir auch in der Schweiz», sagt er. In den Kantonen Zürich und Bern können die Gemeinden aus zwei bzw. vier Modellen wählen, wie sie die

len. Schulleistungstests im Kanton Zürich hätten keine wesentlichen Differenzen zwischen den untersuchten Fächern gezeigt. Auch mit Niveauunterschied kann den unterschiedlichen Voraussetzungen der Schüler durchaus angemessen entsprochen werden. Gesamtschulmodelle scheinen besser geeignet, Bildungsrückstände aus unterschiedlichen sozialen Startbedingungen zu kompensieren als Systeme, die bereits recht früh und recht einschneidend selektionieren. «Die nordischen Länder haben uns vorgemacht, dass auch mit einer Schule, die wenig Selektionsdruck aufweist, gute Ergebnisse erreicht werden können.» Criblez' Interpretation der Pisa-Studie vermeidet offenbar bewusst ideologische Fixierungen: «Offenbar muss man bei der Strukturfrage relativieren: Sie ist nicht die allein entscheidende Qualitäts-

Mehr Konkurrenz für die Schulen?

Mit der freien Schulwahl sei es so eine Sache, sagt Criblez. Das Modell lasse sich praktisch nur in städtischen Ballungszentren umsetzen, damit es überhaupt reelle Wahlmöglichkeiten gäbe. Bei uns, vor allem auf dem Land, sind viele Schulen relativ klein. Man müsste Schulzentren schaffen und die Schüler dann entsprechend herumkarren.

Die Forschungslage sei widersprüchlich, sagt Criblez, die Frage sei auch, ob überhaupt die Informationsbasis für die Eltern aus unteren sozialen Schichten genügend gross sei, um eine fundierte Wahl treffen zu können. Bildungsvorsprünge aus dem Elternhaus liessen sich weniger gut aufholen. Dann würde ein solches Wahlmodell die Finanzierung völlig auf den Kopf stellen. Man müsste eine «Kopfgeldpauschale» einführen. Bis jetzt wurden Schulen über

wurden über festgelegte Klassengrößen gesteuert. Ein neues System würde auch die Planungssicherheit vermindern. Mittelfristige Investitionen liessen sich kaum mehr sinnvoll tätigen. «Die Gemeinden als Schulträger hätten kaum mehr ein Interesse, in die Infrastruktur zu investieren.»

Marktmechanismen erzeugen zwar Konkurrenz, und das sei nicht a priori schlecht. Aber die Dynamik, die sich einstelle, sollte man nicht unkontrolliert wirken lassen. Erfahrungen aus England zeigen, dass es zuerst einmal die guten Schulen sind, die besser werden. Die schlechteren müssen die Schüler nehmen, die übrig bleiben. Man sollte also ihnen zuerst einmal Geld geben, damit sie die Qualitätsmängel beheben könnten. Die Regel «Grössere Nachfrage = mehr Geld» schaffe sonst leicht einen Teufelskreis.

kommt nicht so gut, wie das die idealistischen Konzepte vorgegaukelt hatten.»

Tests für Schüler – und Schulen

Für die Schulen müsste neu eine transparente Ergebniskontrolle eingeführt werden. Das heisst, dass die staatliche Aufsicht keineswegs abnehmen, sondern verlagert würde: «Es gibt keine Deregulierung im Schulbereich ohne mehr staatliche Kontrollen.» Tests wären nötig, aber sicher nicht billig.

Der Aargau macht mit dem freiwilligen Leistungstest «Check 5» einen ersten Schritt in diese Richtung. «Solche freiwilligen Standardisierungen sind auch aus Fairnessgründen richtig», sagt Criblez. «Sie erlauben es, die Leistungen der Schüler in einem grösseren Zusammenhang zu positionieren.» Bisher wurden ja die Leistungen am Klassen-